



MORNING NEWS 22. November 2024

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	19.146,17	141,39	0,74	19.004,78	DJ 30	43.870,35	461,88	1,06	43.408,47
MDAX	25.868,27	-134,30	-0,52	26.002,57	NASDAQ	20.740,78	73,68	0,36	20.667,10
TEC DAX	3.319,87	-13,33	-0,40	3.333,20	Nikkei 225	38.334,11	307,94	0,81	38.026,17
Euro Stoxx50	4.755,83	26,12	0,55	4.729,71	Hang Seng	19.300,66	-300,45	-1,53	19.601,11
Bund Future	132,59	0,11	0,08	132,48	Euro / US-\$	1,0463	-0,00	-0,11	1,0474
Gold in US-\$	2.686,35	16,63	0,62	2.669,72	Öl (Brent) US-\$	74,23	0,00	0,00	74,23
Bitcoin / US-\$	99.013,95	926,71	0,94	98.084,99	Ethereum / US-\$	3.396,16	47,59	1,42	3.348,59

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	19.187	+41
NASDAQ Future	20.788,00	-41,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	225,59	0,89	0,00	224,70	236,03	947.160,00
Nokia OJ	3,95	-0,03	-0,01	3,98	4,13	27.973.973,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	BIP (q/q), sb, final	Q3	08:00	0,2% (0,2%)
D	BIP (y/y), nsb, final	Q3	08:00	0,2% (0,2%)
D	BIP (y7y), WDA, final	Q3	08:00	-0,2% (-0,2%)
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	November	09:30	43,0 (43,0)
D	PMI Dienste, vorab	November	09:30	51,7 (51,6)
D	PMI Composite, vorab	November	09:30	48,7 (48,6)
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	November	10:00	46,0 (46,0)
EWU	PMI Dienste, vorab	November	10:00	51,6 (51,6)
EWU	PMI Composite, vorab	November	10:00	50,0 (50,0)
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	November	15:00	n/a
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	November	15:45	48,9 (48,5)
USA	PMI Dienste, vorab	November	15:45	55,0 (55,0)
USA	PMI Composite, vorab	November	15:45	54,3 (54,1)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, final	November	16:00	73,9 (73,0)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,00 (0,93)	10-jährige Bonds	-0,094	4,41%
Volumen NASDAQ	7,47 (7,10)	30-jährige Bonds	-0,156	4,60%

(/)=Vortag

Die **Wall Street** hat am Donnerstag **nach langer Richtungssuche** doch noch **im Plus geschlossen**. Der US-Standardwerteindex Dow Jones gewann 1,1 Prozent auf 43.870 Punkte. Der technologielastige Nasdaq notierte minimal höher bei 18.972 Zählern und der breit gefasste S&P 500 legte 0,5 Prozent auf 5949 Stellen zu.

Die Sorgen über die Eskalation im Ukraine-Krieg ließen die Anleger hinter sich. "Es fühlt sich nicht so an, als ob sich die Ukraine-Russland-Geschichte ausreichend entwickelt hätte, um die Anleger wirklich risikoscheu zu stimmen", sagte Fiona Cincotta, Analystin beim Broker City Index. "Sie wird die Anleger allerdings weiterhin auf Trab halten." Russland setzte nach eigenen Angaben erstmals eine neue Variante einer Mittelstreckenrakete ein. Die Ukraine hatte zunächst erklärt, dass es sich um eine Interkontinentalrakete handle, was allerdings dann auch in US-Kreisen verneint wurde.

Die Angst vor einer weiteren Zuspitzung sorgte jedoch für höhere Ölpreise. Die Nordsee-Rohölsorte **Brent** und die US-Sorte **WTI** verteuerten sich um je 2,1 Prozent auf 73,34 und 70,20 Dollar je Barrel (159 Liter). "Beim Öl besteht das Risiko darin, dass die Ukraine die russische Energieinfrastruktur angreift, während das andere Risiko die Ungewissheit darüber ist, wie Russland auf diese Angriffe reagiert", erklärten die Analysten der Bank ING.

Am Devisenmarkt blieb **Bitcoin** auf Rekordjagd und fasste die Marke von 100.000 Dollar ins Auge. Die umsatzstärkste Kryptowährung gewann bis zum Schluss der Wall Street vier Prozent und erreichte **zwischenzeitlich neue Höchstwerte** über 98.000 Dollar. Sollte die Marke fallen, könnte das womöglich weitere Anleger anlocken, sagte Timo Emden vom Analysehaus Emden Research. Anleger setzen auf weniger Regulierung der Krypto-Branche in der Präsidentschaft von Donald Trump in den USA.

Im Rampenlicht bei den Unternehmen stand die Google-Mutter **Alphabet** mit einem Rückgang von 4,7 Prozent. Zur Begrenzung der Marktmacht von Google fordern die US-Behörden den Zwangsverkauf des Internetbrowsers "Chrome" und eventuell auch des Smartphone-Betriebssystems "Android".

Die Investoren versuchten auch, die jüngsten Zahlen des Halbleiterriesen **Nvidia** zu bewerten. Die Aktie des Vorreiters bei Chips für Künstliche Intelligenz (KI) begab sich auf Richtungssuche und notierte zunächst im Minus. Am Ende schloss sie mit 0,5 Prozent im Plus. "Die Kursreaktion hat viel mit einigen Enttäuschungen in Bezug auf Nvidias Margenprognose zu tun, die Google-Geschichte kann die Stimmung auch nicht aufhellen, und das zieht den gesamten Technologiekomplex nach unten", sagte Dan Eye, Chefanleger beim Investitionsverwalter Fort Pitt.

Aufwärts ging es dagegen für **Snowflake**. Die Aktie des Cloud-Anbieters schoss um 32 Prozent in die Höhe. Der Konzern hatte sein Umsatzziel für das Geschäftsjahr 2024/2025 angehoben. Außerdem gab er eine Zusammenarbeit mit dem KI-Entwickler Anthropic bekannt.

Investoren trennten sich auch von der "Temu"-Mutter **PDD**. Die Papiere gaben 10,6 Prozent nach. Die mangelnde Kauflust der chinesischen Verbraucher hatte dem Online-Händler ein enttäuschendes Quartalsergebnis eingebracht.

US Unternehmen

Die **US-Luftfahrtbehörde** FAA will in den kommenden Wochen einen **Prüfungsausschuss zur Überprüfung der Sicherheitsbedenken** in Bezug auf das **Triebwerkproblem von Boeing 737 MAX-Flugzeugen** einberufen. Wie die FAA mitteilte, arbeitet die Behörde mit Boeing, dem Triebwerkshersteller CFM und der Europäischen Agentur für Flugsicherheit zusammen, um das Problem mit dem CFM LEAP-1B-Triebwerk zu lösen (Reuters).

Marktmeldungen

Nach kontroverser öffentlicher Debatte in der SPD hat Verteidigungsminister **Boris Pistorius** den Weg für eine erneute **Kanzlerkandidatur von Bundeskanzler Olaf Scholz** frei gemacht. Er teilte der Partei- und Fraktionsspitze mit, dass er nicht für eine Kandidatur zur Verfügung stehe. "Das ist meine souveräne, meine persönliche und ganz eigene Entscheidung." Pistorius sprach sich gleichzeitig für Scholz als Kanzlerkandidat aus. "Olaf Scholz ist ein starker Kanzler und er ist der richtige Kanzlerkandidat." (dpa/AFX).



Nach dem Verzicht von Verteidigungsminister Boris Pistorius soll **Bundeskanzler** Olaf Scholz am kommenden Montag vom SPD-Vorstand als **Kanzlerkandidat** für die Neuwahl des Bundestags nominiert werden. "Wir werden jetzt sehr schnell in den Gremien, Montag im Parteivorstand, dann auch Klarheit schaffen: Wir wollen mit Olaf Scholz in die nächste Wahlauseinandersetzung gehen", sagte der Parteivorsitzende Lars Klingbeil nach digitalen Beratungen des Parteivorstands in Berlin (dpa/AFX).

Der **niederländische Außenminister** Caspar Veldkamp hat eine **Reise nach Israel** verschoben, nachdem sich sein Land zur **Vollstreckung eines internationalen Haftbefehls gegen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu** bereit gezeigt hat. "Unter den gegenwärtigen Umständen wurde beschlossen, nicht nach Israel zu reisen", hieß es in einer Erklärung vom Donnerstag, die in Absprache mit dem israelischen Außenminister Gideon Saar getroffen wurde (Reuters).

Die **US-Regierung** ist von **Russland** kurz vor dem **Einsatz einer neuen Mittelstreckenrakete** gegen die **Ukraine** informiert worden. Dazu seien die zwischen Washington und Moskau vorhandenen "Kanäle zur Verringerung nuklearer Risiken" genutzt worden, sagte die stellvertretende Sprecherin des US-Verteidigungsministeriums, Sabrina Singh. Es habe sich um eine ballistische Mittelstreckenrakete gehandelt, die auf dem Modell einer russischen Interkontinentalrakete vom Typ RS-26 basiere. Nach US-Erkenntnissen kam die neue Rakete erstmals auf dem Schlachtfeld in der Ukraine zum Einsatz. Russischen Angaben zufolge war sie nicht mit nuklearen Sprengköpfen bestückt - was technisch aber vermutlich möglich wäre (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj sieht in dem **Einsatz einer russischen ballistischen Rakete** größerer Reichweite eine "deutliche und schwere Eskalation". "Die Welt muss reagieren", schreibt er auf X. Bislang seien entsprechende Maßnahmen ausgeblieben (Reuters).

Russland hat nach Darstellung von Präsident Wladimir Putin eine neue **ballistische Rakete mittlerer Reichweite** gegen **Ziele in der Ukraine** eingesetzt. Dies sei eine Reaktion auf die ukrainischen Angriffe mit westlichen Raketen größerer Reichweite, erklärt Putin in einer Fernsehansprache. Derartige ukrainische Angriffe würden nicht den Ausgang des "Sondereinsatzes" dort ändern. Damit bezeichnet die Regierung in Moskau den von ihr begonnenen Krieg. Im Falle einer Eskalation werde man mit symmetrischen Maßnahmen reagieren, sagt Putin weiter (Reuters).

Der umstrittene Kandidat des designierten US-Präsidenten Donald Trump für das **Amt des Justizministers, Matt Gaetz**, steht für den Kabinettsposten **nicht mehr zur Verfügung**. Die Diskussion über seine Nominierung sei zu einer Ablenkung geworden, schrieb der erzkonservative republikanische Abgeordnete auf dem Kurznachrichtendienst X. Es dürfe keine Zeit verschwendet werden mit "unnötig in die Länge gezogenem Washingtoner Gerangel". Trumps Justizminister müsse vom ersten Tag an handeln können, hieß es weiter (Reuters).

Der designierte US-Präsident **Donald Trump** hat am Donnerstag (Ortszeit) die ehemalige Generalstaatsanwältin von Florida, **Pam Bondi**, als neue **US-Justizministerin** nominiert. Trump kündigte seine Entscheidung in den sozialen Medien an und lobte Bondi für ihre Erfahrung als Staatsanwältin. "Pam wird das Justizministerium wieder auf seinen eigentlichen Zweck ausrichten, nämlich die Kriminalität zu bekämpfen und Amerika wieder sicher zu machen", schrieb er und fügte hinzu, dass Bondi auch die Politisierung der Strafverfolgung auf Bundesebene beenden werde (Reuters).

Der designierte US-Präsident **Donald Trump** hat einem Medienbericht zufolge offenbar die Ernennung von **Kevin Warsh** zum **Finanzminister** in Erwägung gezogen. Wie das Wall Street Journal am Donnerstag (Ortszeit) unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtete, soll Warsh von Trump auch die Option erhalten haben, später für die Leitung der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) nominiert zu werden, wenn die Amtszeit von Jerome Powell im Jahr 2026 endet (Reuters).

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat den **USA** Provokationen und Schüren der Spannungen vorgeworfen. Das **Risiko eines Atomkriegs** auf der koreanischen Halbinsel sei nie so groß gewesen wie heute, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur KCNA Kim am Donnerstag. Dieser habe in einer Rede bei einer Militärausstellung in Pjöngjang

erklärt, er habe versucht, mit der Regierung in Washington zu verhandeln. Das Ergebnis habe lediglich die "aggressive und feindliche" Politik der USA gegen Nordkorea unterstrichen (Reuters).

Chinas Vize-Handelsminister Wang Shouwen hat am Freitag stabile **Handels- und Geschäftsbeziehungen** zwischen **China** und **USA** für beide Nationen als vorteilhaft bezeichnet. "Wir glauben, dass China und die USA einen stabilen, gesunden und nachhaltigen Entwicklungspfad für Handel und Wirtschaft beibehalten können", sagte er auf einer Pressekonferenz. Als Wang zu möglichen Zöllen des designierten US-Präsidenten Donald Trump gefragt wurde antwortete er, dass China in der Lage sei, die Auswirkungen externer Schocks zu bewältigen und zu widerstehen. Die von anderen Ländern verhängten Zölle würden sich auf die Verbraucher der Importeure auswirken und die Inflation in die Höhe treiben, so Wang (Reuters).

Japans Kerninflation hat sich im Oktober verlangsamt und liegt trotzdem weiterhin über dem Zwei-Prozent-Ziel der Bank of Japan (BOJ). Wie am Freitag aus offiziellen Regierungsdaten hervorging, stieg der landesweite Kernverbraucherpreisindex, der Ölprodukte einschließt und Preise für frische Lebensmittel ausschließt, im Oktober um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr und übertraf damit leicht die mittlere Marktprognose von 2,2 Prozent. Der Anstieg verlangsamte sich von 2,4 Prozent im September, was vor allem auf den Basiseffekt der letztjährigen Regierungsentscheidung zur Halbierung der Kraftstoffsubventionen zurückzuführen ist, die die Preise ab Oktober 2023 in die Höhe trieb (Reuters).

Der aus 35 Nationen bestehende **Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde** (IAEA) verabschiedet erneut eine **Resolution** für neue Gespräche mit dem **Iran**. Darin wird das Land nochmals aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der Behörde dringend zu verbessern und einen umfassenden Bericht zur Begrenzung seiner Uranbestände vorzulegen. China, Russland und Burkina Faso stimmten mehreren Diplomaten zufolge gegen den Text. Neunzehn Länder stimmten dafür und zwölf enthielten sich (Reuters).

Im Streit über das **iranische Atomprogramm** hat die internationale Aufsichtsbehörde IAEA den Druck erhöht und damit den Zorn der Führung in Teheran auf sich gezogen. Das **iranische Außenministerium** verurteilte eine kritische Resolution der Atomenergiebehörde, in der dem Iran mangelnde Kooperation vorgeworfen wird - und kündigte im Gegenzug die Einführung neuer Zentrifugen für eine schnellere Urananreicherung an (dpa/AFX).

Automobile / Zulieferer

Bei **Volkswagen** drohen im **Streit um milliardenschwere Einschnitte** noch im Dezember Arbeitskämpfe. In dem Tarifkonflikt zeichnet sich nach drei Verhandlungsrunden weiter keine Lösung ab. Die **IG Metall** bereite sich nun auf **Warnstreiks ab Dezember** vor, sagte Verhandlungsführer Thorsten Gröger nach fünfstündigen Verhandlungen in Wolfsburg. Die Tarifgespräche seien aber nicht gescheitert, hieß es von beiden Seiten. Sie sollen am 9. Dezember fortgesetzt werden. Die Differenz zwischen den Positionen seien aber "noch riesengroß", so Gröger. Werkschließungen und Massenentlassungen seien weiter nicht vom Tisch. Daher müsse man nun den Druck auf VW erhöhen (dpa/AFX).

Der angeschlagene schwedische Batteriehersteller **Northvolt** hat **Gläubigerschutz nach US-Recht** beantragt und sucht nun nach einem weiteren Investor. Das teilte das Unternehmen am Donnerstag mit. Das **Sanierungsverfahren nach Kapitel 11** (Chapter 11) des US-Insolvenzrechts schützt Northvolt für eine gewisse Zeit vor dem Zugriff seiner Gläubiger und erleichtert damit den finanziellen Neustart. "Das über allem stehende Ziel ist es, mit einem oder mehreren langfristigen strategischen oder Finanzinvestoren zusammenzuarbeiten", hieß es in den Gerichtsunterlagen. Zugleich erhält das Unternehmen Zugriff auf 245 Millionen Dollar und kann damit sein Überleben in den kommenden Wochen gewährleisten (Reuters).

Kanada will offenbar nicht mehr in den angeschlagenen schwedischen Batteriehersteller **Northvolt** investieren. Wie aus kanadischen Regierungskreisen hervorging, ist der Grund für diese Entscheidung die Beantragung von Gläubigerschutz nach US-Recht durch das Unternehmen am Donnerstag. "Wir glauben nicht, dass die Provinz Quebec und die kanadische



Regierung dem Unternehmen mehr Geld geben werden", sagten mehrere Insider aus Regierungskreisen gegenüber *Reuters*.

Der japanische Autobauer **Nissan Motor** will im Zuge der **Reduzierung der Produktion in Südostasien** rund 1000 **Arbeitsplätze in Thailand** streichen oder verlagern. Wie zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen am Freitag gegenüber *Reuters* erklärten, plant das Unternehmen die Produktion in seinem thailändischen Werk Nr. 1 teilweise einzustellen und den Betrieb bis September nächsten Jahres mit Werk Nr. 2 zusammenzulegen. Ein Nissan-Sprecher lehnte es ab, sich zu den Stellenstreichungen zu äußern, sagte aber, dass kein Werk geschlossen werde und eine teilweise Zusammenführung der Werke in Gange sei.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigegeführten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

